



Amtlicher Theil.

Gesetz vom 13. März 1876.*

betreffend die Eröffnung von Specialcrediten für das Jahr 1876 zu Zwecken des Staatseisenbahnbaues.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

Artikel I.

Zur Bedeckung des Erfordernisses für die Fortsetzung des Baues der unten bezeichneten Staatseisenbahnen werden folgende Specialcredite für das Jahr 1876 bewilligt:

§ 1. für den Bau der Istrianer-Bahn	3.200,000 fl.
§ 2. für den Bau der Tarnow Belahower Bahn	700,000 "
§ 3. für den Bau der Bahn von Siverich Spalato mit der Abzweigung nach Sebenico	3.200,000 "
§ 4. für den Bau der Bahn Kaloviz-Provizin	900,000 "
Zusammen	8.000,000 fl.

Artikel II.

Die im Artikel I bewilligten Credite dürfen nur zu den in den bezüglichen Paragraphen bezeichneten Zwecken verwendet werden, können jedoch, sofern sie im Jahre 1876 entweder gar nicht oder nicht vollständig zur Verwendung kommen, noch bis Ende Juni 1878 verwendet werden, sind jedoch so zu behandeln, als wenn sie im Voranschlage des Jahres 1877 bewilligt worden wären, und daher auch für den Dienst dieses letzten Jahres zu verrechnen.

Artikel III.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes, welches mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit tritt, sind der Handelsminister und der Finanzminister beauftragt.

Wien am 13. März 1876.

(L. S.) Franz Joseph m. p.

Auersperg m. p. Chlumetz m. p. Pretis m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. April d. J. dem Oberlandesgerichtsrathe in Graz Währmund Karnitschnigg aus Anlaß der auf sein Ansuchen erfolgten Veretzung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und ausgezeichneten Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben auf Grund eines vom Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeußern erstatteten allerunterthänigsten Vortrages mit Allerhöchster Entschliessung vom 27. März d. J. den Serenten des k. und k. Honorar-Consulates in Valdivia-Corral Julius Döhrens zum unbesoldeten Consul daselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Consulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. April d. J. dem Kerkermeister des Kreisgerichtes Trient Johann Razus aus Anlaß seiner Veretzung in den Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen, treuen und belobten Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. April d. J. dem Hofreitknechte Franz Märtenz, dem Hofreitknechte Peter Dreßky und dem Gestütsknechte des k. k. Hofgestütes Joseph Krasa das silberne Verdienstkreuz als ein Merkmal der Allerhöchsten Zufriedenheit mit ihrer vieljährigen guten Dienstleistung allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. April d. J. dem Bierbrauer Joseph Hutterer zu St. Wolfgang in Oberösterreich in Anerkennung der von ihm bewirkten Rettung eines Menschen aus Wassergefahr das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

* Enthaltend in dem am 6. April 1876 ausgegebenen XIV Stücke des N. O. Bl. unter Nr. 47.

Nichtamtlicher Theil.

Kundmachung.

Die Diphtheritis-Epidemie, welche am 11. März d. J. in Kresniz, Bezirkshauptmannschaft Littai, zum Ausbruche kam, ist am 3. April d. J. erloschen erklärt worden.

Es erkrankten während der 24tägigen Dauer dieser Epidemie von einer Bevölkerung von 506 Individuen 3 Männer, 10 Weiber und 26 Kinder, zusammen 39; von diesen genasen 3 Männer, 9 Weiber und 19 Kinder (in Behandlung geblieben 1 Weib, 1 Kind); es starben 6 Kinder.

Die Morbilität beträgt daher 76 Prozent und die Mortalität 15.3 Prozent der Erkrankten.

Wien, 10. April.

Kundmachung.

Der Handelsminister hat über Antrag der österreichischen Centralcommission in Wien für die Weltausstellung des laufenden Jahres in Philadelphia die nachbenannten Herren zu Mitgliedern der internationalen Jury bei dieser Ausstellung, beziehungsweise zu officiellen Berichterstattern über diese Ausstellung ernannt.

Zu Jurors:

Herrn Franz Thonet, derzeit in Newyork, für Möbel und Gegenstände zur inneren Ausstattung von Wohnungen;

Herrn Eduard Kani in Wien, für Kurzwaren;

Herrn P. Friedrich Kupka, Ingenieur der k. k. Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen in Wien, für wissenschaftliche und physikalische Instrumente;

Herrn Eugen Felix, derzeit Vorstand der Künstlergenossenschaft in Wien, für Sculptur und Malerei;

Herrn Ernst Ponzer, Civilingenieur in Wien, für Eisenbahnmateriale, Rollmateriale und Zubehör;

Herrn Felix Reiser, Obergeringieur und Werkstatenteiler der k. k. priv. Kaiser Ferdinands- und mährisch-schlesischen Nordbahn in Wien, für Maschinen zur Bearbeitung von Holz, Metall und Stein.

Zu Berichterstattern:

Herrn Dr. Franz Wigerka, k. k. Ministerialrath im Handelsministerium und österreichischer Commissär für die Weltausstellung 1876 in Philadelphia, als Chefredacteur des officiellen österreichischen Berichtes über diese Weltausstellung und Specialberichterstatter über Erziehungswesen;

Herrn Franz Kupelwieser, Professor der k. k. Bergakademie in Leoben, für Berg- und Hüttenwesen;

Herrn Dr. Emil Perels, Professor der Hochschule für Bodenkultur in Wien, für landwirthschaftliche Maschinen;

Herrn Wilhelm Eitner, Leiter der Versuchsanstalt für die Lederindustrie in Wien, für die Lederindustrie;

Herrn Franz Wilhelm, Präsident des österreichisch-ungarischen Exportvereines in Wien, für Drogen und Papier;

Herrn Wilhelm von Lindheim in Wien für Geld- und Kreditwesen;

Herrn Franz Freiherrn von Wertheim in Wien, für Messerschmiedwaren und Waffen;

Herrn Dr. Guido Goldschmidt, Privatdocent der k. k. Universität in Wien, für Chemie und chemische Producte, und

Herrn Ludwig Lott in Wien für Kunst- und Buchdruck.

Zur politischen Situation in Frankreich.

Wie man aus Paris meldet, ist Gambetta mit dem Antrage des Abgeordneten Tirard, den französischen Botschafterposten beim Vatican einzustellen, nicht einverstanden. In Form einer Polemik mit einem anderen republikanischen Blatte, welches dem Tirard'schen Antrage das Wort redete, bestätigt die „Republique française“ dieses Gerücht. Der „Bien public“, sagt sie, vergißt ohne Zweifel, daß wir beim Vatican Interessen kirchlichen und Interessen politischer Natur haben. Er weiß nicht, daß die ersteren Interessen der Pflege bedürfen und daß man die letzteren in dem Augenblicke, da ein Conclave nahe bevorsteht, einer bloßen Sparsamkeitsrückzicht nicht opfern kann. Man hätte es allenfalls begreifen können, wenn Herr Tirard beantragt hätte, unsere Botschaft beim Vatican zu einer Gefandtschaft herabzusetzen und unsere Gefandtschaft beim Quirinal zum Range einer Botschaft zu erheben, in der vorlie-

genden Form aber dürfte Herr Tirard sein Amendement wol schwerlich aufrecht erhalten.

Der Amnestie-Ausschuß des Abgeordnetenhauses brachte seine Verhandlungen zum Abschlusse. Der Vorsitzende Herr Leblond legte dem Ausschusse zuletzt folgende Fragen vor: 1. Soll eine allgemeine Amnestie verfügt werden? Antwort: Nein, mit 9 gegen 2 Stimmen. 2. Soll eine partielle Amnestie verfügt werden? Antwort: Nein, mit 9 gegen 2 Stimmen. 3. Soll das Begnadigungsrecht allein in Anspruch genommen werden? Zu dieser Frage bemerkt der Vorsitzende, daß der Ausschuß darüber nicht eigentlich einen Beschluß fassen, sondern allenfalls nur im Hinblick auf die von der Regierung geäußerten humanen Gesinnungen in seinem Berichte ein empfehlendes Wort an das Ministerium richten kann. Mit dieser Maßgabe wird die Frage von dem Ausschusse bejaht. 4. Soll eine besondere Verjährungsfrist für die in dem Commune-Aufstande begangenen Verbrechen, wie sie Herr Allain-Targé in einem Amendement vorschlägt, festgesetzt und 5. sollen, ebenfalls diesem Amendement gemäß, die künftigen Communeprozesse nicht mehr vor dem Kriegsgerichte, sondern vor den Geschwornen geführt werden? Ueber diese beiden Fragen soll noch mit dem Justizminister verhandelt werden. Herr Leblond wurde zum Berichterstatter ernannt.

Die „Liberté“ glaubt zu wissen, daß die Mehrheit der Weltausstellungs-Commission geneigt ist, den Schauplatz dieses Völkermarktes in das Boulogner Gehölz, jedoch nicht etwa auf die Ebene von Longchamps, die denn doch zu weit von dem Mittelpunkt der Stadt entfernt wäre, sondern in den weiten Raum zu verlegen, welcher sich gleich vom Eintritte in das Gehölz aus der großen Avenue du Bois de Boulogne, ehemals Avenue de l'Impératrice, bis nach Passy ausdehnt. Dieser Raum war bekanntlich bei Beginn der Belagerung aus Verteidigungsgründen entholzt und seitdem nur mit schwachem Erfolge, da der Boden ein ziemlich undankbarer ist, neu bepflanzt worden. Es ist aus davon die Rede, nach dem Vorbilde Wiens den Haupttheil des Ausstellungsgebäudes in so dauerhaftem Materiale anzulegen, daß er noch später für andere Zwecke benützt werden kann.

„La Presse“ feiert übrigens das Decret, welches die Eröffnung einer Weltausstellung für das Jahr 1878 ankündigt, als eine wahre Friedensthat. Sie bringt einen Artikel unter dem Titel: „Die Friedensrevanche“, dem wir nachstehenden Passus entnehmen: „Schon hat der vorjährige geographische Congress, der zu Paris abgehalten wurde, dem Auslande einen Begriff von den ungeheuren Fortschritten gegeben, die Frankreich seit 1867 in den geographischen Wissenschaften erzielt hat. Auf die geringschätzigste Gleichgültigkeit, mit der man früher alles behandelte, was nicht Frankreich war, ist ein glühender Drang, alles zu ergründen, gefolgt; die Neugier hat bedeutend zugenommen; auch wir haben dem Corps der kühnen Forscher, von denen einige Märtyrer der Wissenschaft geworden sind, Nekrenten geliefert; auch wir haben auf diesem wichtigen Gebiete einige jener Entdeckungen gemacht, welche die Eroberungen des Menschengeschlechtes sind. Was die begrenzte Ausstellung von 1875 in Bezug auf die geographischen Wissenschaften gezeigt hat, das muß die Weltausstellung von 1878 für alle Wissenschaften und die Gewerbe thun. Damit werden wir, und auf die beste Art, die Sympathien Europa's wieder gewinnen. Die beiden Hauptwirkungen des vortrefflichen Beschlusses, der gefaßt worden ist, sind also, daß wir auf friedlichem Wege unseren Rang in Europa wieder erlangen und jede kriegerische Absicht von uns weisen, indem wir das glänzendste Friedenspfand geben, das nur denkbar ist.“

Der Aufstand in Bosnien.

Es kann nicht mehr in Abrede gestellt werden — schreibt die „Pol. Corr.“ vom 10. d. — daß der Aufstand in Bosnien ganz beträchtliche Dimensionen annimmt. Wenn die türkische Regierung nicht rasch mindestens 20,000 Mann in das Vilajet zu werfen imstande ist, wird die Insurrection daselbst bald in ganz anderen Verhältnissen um sich greifen, wie in der Herzegowina. Man sieht, daß der Winter von den geheimen Insurrectionsecomités nicht unbekümmert gelassen wurde. Wie auf ein gegebenes Signal flackern an allen Orten die Flammen des Aufstandes empor. Auch in Türkisch-Kroatien rührt es sich ganz gewaltig. Die Gegend von Bica ist vollständig insurgiert und hat daselbst sogar ein für die zumeist aus katholischen Christen bestehenden Insurgenten siegreiches Treffen stattgefunden.

In Bosnien ist die Zahl der neu auftauchenden Insurgentenschefs eine Legion. Unter diesen neuen Erscheinungen befehligt Trifun Bundala die größte Insurgentenschef. Er zeichnet sich aber gleichzeitig durch wahre Schreckensthaten aus. Am 6. April verbrannte er die türkischen Dörfer Lipnit, Mehajla, Androva Palanka und die Gzardale „Pashina“; außerdem lieferte er an demselben Tage den Türken ein sechsständiges Treffen, in welchem dieselben 16 Tode und 38 Verwundete auf dem Kampfplatze ließen. Des Ausgangs des Treffens sich zu rühmen, scheinen indes die Insurgenten trotzdem keinen Grund gehabt zu haben.

Um ihre Scharen möglichst rasch auf eine ansehnliche Höhe zu bringen, üben die Insurgenten auf ihre christlichen Landsleute, welche sich nicht anschließen wollen, einen fürchterlichen Terrorismus aus, welcher an vielen Orten bereits in unerhörte Gräueltaten ausartet. So hat eine Rotte von Insurgenten, geführt von Diako und Stojan im Bezirke von Rovine den christlichen Hausbesitzer Nicola Macac im Dorfe Tzirna Rika überfallen und nachdem es ihm gelang zu fliehen, dessen Hausgefände getödtet. Infolge dessen eilten 3 Compagnien Nizams unter Nödjib Efendi den bedrohten Ortschaften zu Hilfe und vertrieben die Insurgenten aus der Umgegend von Maden.

Im Orte Bazevac im Districte von Türkisch-Gradiska überfielen die Insurgenten die dort friedlich lebenden christlichen Mitbürger, plünderten und beraubten dieselben und tödteten einen derselben, namens Theodor Malicam. Nach Verübung solcher Thaten, verbreiteten sie in den umliegenden Ortschaften, daß die von ihnen begangenen Missethaten von den Türken verübt worden sind.

Der Wali von Bosnien, Ibrahim Pascha, entsandte alle verfügbaren Truppen aus Serajevo und dem travniker Sandschakate nach dem Norden. Man glaubt, daß bis längstens zum 15. d. M. die Türken mit einer bedeutenden Truppenmacht die Operationen gegen die Insurgenten eröffnen werden. Ueberdies werden alle Mohamedaner angesichts der drohenden Gefahr militärisch organisiert.

Politische Uebersicht.

Laibach, 12. April.

Die Nachrichten, welche heute aus dem Auslande vorliegen, sind düstertigster Natur. Die Parlamente sind in die Osterferien gegangen und die hohe Politik feiert. In Deutschland dauert das Eisenbahngesetz noch fort, die Oefficiösen der mittelstaatlichen Regierungen sind in den Kampf eingetreten und namentlich das „Dresdener Journal“ veröffentlicht eine Serie von Artikeln gegen die Centralisation der Bahnen und für ein Eisenbahn-Aufsichtsgesetz, die in Berlin aufmerksame Beachtung finden und vom „Reichsanzeiger“ kleine Correcturen erfahren. Nebenbei beschäftigt man sich mit Vorschlägen für die Einführung neuer Reichsteuern und die Blätter bringen eine ganze Blumenlese von geeigneten Objecten; in dem Augenblicke, wo man das Reichsfinanzwesen mit einem Reichseisenbahndeficit zu belasten gedenkt, wird die Einführung einer Stempel-, Börsen- und Brausteuer und anderer Auflagen mehr erörtert. Angesichts des Umstandes, daß die Reichsverwaltung schon im nächsten Jahre mit einem Ausfall zu kämpfen haben wird, dürfte allerdings eine „Vermehrung des Reichseinkommens“ unausweichlich sein.

Die französische Deputiertenkammer annullierte am 10. d. die Wahl Rouhers in Ajaccio. Prinz Napoleon hat also doch noch Aussicht, in das Abgeordnetenhaus zu gelangen. Zwischen der Rechten und der Linken hat sich bezüglich der Behandlung des Amnestie-Antrages noch eine Differenz ergeben. Die Rechte bestreitet auf der Verathung derselben noch vor den Ferien, während die Linke dieselbe verschieben will. Da über das Endergebnis der Verhandlungen kein Zweifel mehr besteht, so ist allerdings nicht abzusehen, warum die Angelegenheit nicht schon jetzt erledigt wird.

Aus dem Haag wird berichtet, daß die Unterhandlungen zur friedlichen Lösung der zwischen den Niederlanden und Venezuela entstandenen Verwicklungen ihrem Abschlusse nahe sind. Die zweite Kammer der Generalstaaten beräth seit ein paar Wochen über ein neues Unterrichtsgesetz, durch welches das höhere Unterrichtswesen umgestaltet wird.

Im Vatican ist ein Bericht des päpstlichen Nuntius in Madrid eingelaufen, in welchem gesagt wird, daß Spanien die Wiederherstellung des Concordates vom Jahre 1851 unter der Bedingung beantrage, daß man im Vatican gegen den Verfassungsartikel, betreffend die Freiheit der Culte keine unbedingte Opposition zu machen verspricht.

Ein königliches spanisches Decret beauftragt die Municipalitäten, sich mit Maßen und Gewichten nach dem Decimalsysteme zu versehen.

Die aus Bukarest einlaufenden Nachrichten über den Ausfall der Senatswahlen lauten für das Cabinet Categoriu schlimm. Vor einigen Tagen stieg die Opposition im ersten und vorgestern auch im zweiten Wahlcollegium; die noch ausstehenden Wahlen dürften der Regierung ebenfalls ungünstig sein, so daß bereits der Rücktritt des Ministeriums nach Eröffnung der Kammer angenommen wird.

Die Pforte hat nach Bosnien neue Truppen geschickt. Mehrere neuerlich aufgetauchte Banden wurden zerstreut.

Tagesneuigkeiten.

(Aus München.) Se. k. Hoheit Prinz Leopold von Baiern, Ihre k. und k. Hoheit Frau Prinzessin Gisela und Ihre k. Hoheit Prinzessin Therese von Baiern werden — wie die „Süddeutsche Presse“ meldet — am 23. d. M. in München erwartet.

(Unfall des Erzherzogs Friedrich.) Erzherzog Friedrich, Sohn des verstorbenen Erzherzogs Karl Ferdinand, machte Samstag den 9. d. gegen 6 Uhr abends in Begleitung seines Adjutanten, Majors Stradella, einen Spazierritt in den Prater. Beim Fasangärtchen angelangt stürzte das stutzig gewordene Pferd des Prinzen plötzlich in eine Schottergrube. Mit großer Geistesgegenwart hatte sich Prinz Friedrich während des Sturzes aus dem Steigbügel des Pferdes losgemacht und blieb durch den Unfall gänzlich unverletzt, so daß er mit dem Schrecken und wenigen leichten Schmerzen im Rücken davontam. Das Pferd blieb auf der Stelle todt. Der Kaiser und die Kaiserin, Kronprinz Rudolf und Erzherzog Wilhelm, welche sich zufälligerweise in der Nähe befanden, eilten rasch herbei, um sich persönlich nach dem Befinden des Prinzen zu erkundigen, und drückten ihre Freude über den günstigen Ablauf des Unfalles aus. Erzherzog Friedrich fuhr sofort mittelst Fiakers in sein Palais. Der Leibarzt des Prinzen erklärte, daß sich derselbe in keiner Weise beschädigt habe. Gestern nachmittags konnte man den jungen Erzherzog bereits wieder eine Prater-Spazierfahrt mit seiner Mutter, der Erzherzogin Elisabeth, machen sehen.

(Armee-Schulenschule.) Mit 1. Mai wird wieder die Armee-Schulenschule im Lager bei Bruck an der Leitha activiert, und wurde mit dem Commando derselben Oberlieutenant Alois Knöpfler, des Kaiserjägerregimentes, betraut. Der Kurs dauert zwölf Wochen und umfaßt den theoretischen Unterricht über das Schießwesen, die Behandlung der Handfeuerwaffen, die Büchsenmacherarbeiten, die Patronen-Reconstruction, das Distanz-Bemessen, das praktische Schießen mit den Debonnauz- und Zimmergewehren, endlich den Unterricht über Einrichtung und Gebrauch der Mitrailleurse. Zu Frequentanten werden bloß Offiziere gewählt, welche namentlich die Begabung besitzen müssen, das Erlernte durch Vorträge weiter zu verwerthen. Die Offiziere des Lehrkörpers genießen während ihrer Commandierung die Reisezulage. Das übrige Personal bezieht die Lagergebühren.

(Fabrikbrand.) Einem Telegramm zufolge steht seit 10. d. M. morgens in Neustadt (in Böhmen) die Koschmireweberei des Herrn Jg. Klinger, das größte dermalige Etablissement in Oesterreich, in Flammen. Die Fabrik arbeitet mit 500 mechanischen Stühlen und beschäftigt außerdem noch 1200 Handstühle. Wie weit der Brand um sich gegriffen, ist noch nicht bekannt, doch trifft dieses Unglück die dortige Gegend gerade in der jetzigen Nothlage umso härter, als vor noch nicht langer Zeit auch die Spinnfabrik in Tannwald abgebrannt ist.

Lokales.

Krainischer Landtag.

11. Sitzung.

Laibach, 8. April.

(Schluß.)

Dr. Bleiweis stellt zu a den Zusatzantrag, der Landesauschuß möge sich beim Unterrichtsministerium dahin verwenden, daß jene Lehrer, welche bereits fünfzehn Jahre zur Zufriedenheit gedient haben, von der vorgeschriebenen Prüfung dispensiert und definitiv angestellt werden.

Der Herr Landespräsident Ritter v. Widmann nimmt das Wort, um das Haus zu ersuchen, den Passus der Resolution a: „daß jede einzelne Lehrerposten-Systemisierung oder Gehaltserhöhung von der Zustimmung des Landesauschusses abhängig gemacht werde,“ wegzulassen, da derselbe nicht in Einklang stehe mit den Bestimmungen des § 50 des Reichsvolksschulgesetzes und des Landesgesetzes über die Rechtsverhältnisse der Lehrer, welcher festsetze, daß der Jahresgehalt über Vorschlag desjenigen, welchem die Erhaltung der Schule obliegt, im Verein mit der Landes Schulbehörde festgesetzt werde. Dem Landesauschuß als Vertreter des Normalschul-fondes sei ohnehin der nöthige Einfluß gewahrt, da der Landes Schulrath jederzeit das größte Gewicht auf das Einverständnis mit dem Landesauschuße lege.

Der Berichterstatter findet demgegenüber den Passus vollkommen gerechtfertigt, da dem Landesauschuße als Vertreter des Normalschul-fondes ebenfals eine Einflugnahme zustehet. Die § 6 und 2 des Volksschulgesetzes normieren die Leistungsfähigkeit der Concurrenzpflichtigen. Was den Antrag des Dr. Bleiweis betrifft, so liege demselben anscheinend eine wohlwollende Absicht für ältere Lehrer zugrunde. Jedoch hätten manche unter denselben, insbesondere die Franziskaner in Stein und Rudolfswerth, eine unerklärliche Scheu vor Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung. Sollte durch Bleiweis Antrag etwa diesen Patres die Befreiung von der Prüfung zugedacht sein, so sei er nicht damit einverstanden. Durch eine solche Begünstigung würde ferner die Gefahr heraufbeschworen, daß saumselige Lehrer den nöthigen Ernst einbüßen, indem sie sich auf die Dispens vertrusten werden.

Bei der Abstimmung wird die Resolution a einstimmig, der Antrag Bleiweis mit Majorität ange-

nommen. Die Resolutionen b und c werden ohne Debatte genehmigt.

Zur Resolution d ergreift Baron Apfaltrern das Wort: Die Bedürfnisse des Normalschul-fondes seien in stetiger Steigerung begriffen, darum sei die Besorgnis naheliegend, daß diese Steigerung ihre Fortsetzung finden werde. Den Hauptbedarf bilden die Lehrergehälter. Für unvorgesehene Gehaltserhöhungen im Jahre 1877 sei die Einstellung eines Pauschalbetrages von 12,600 fl. nothwendig gewesen. Eine solche Pauschaleinstellung habe ihre Bedenken; nur auf Grundlage positiver Daten lasse sich ein fixer Posten ins Präliminare aufnehmen. Durch die Schulgesetzgebung sei ferner ein Dualismus geschaffen, welcher auch nicht frei sei von Bedenken. Ueber Errichtung, Erweiterung von Volksschulen, Systemisierung des Lehrergehaltes sei der Landes Schulrath die entscheidende Behörde. Die Kosten haben die Gemeinden zu tragen. Das sei eine fatale Situation für das Land, daß es nur für die Bedürfnisse aufzukommen habe. Die erste Resolution sei daher ganz wohl begründet, jedoch werde sie schwerlich zur praktischen Durchführung gelangen. Der Landesauschuß sei nicht bloß zu hören, sondern seinen Anträgen soll auch Folge gegeben werden. So habe z. B. das Land ein Recht, von pauschalmäßigen Ansätzen verschont zu bleiben. Jedoch die beiden Landesauschußmitglieder, welche Mitglieder des Landes Schulrathes sind (Dr. Zarnik und Dr. Bleiweis), erscheinen gar nicht in den Sitzungen desselben. Das sei eine arge Verkennung der Interessen des Landes, sowie der übernommenen Verpflichtungen. Selbst als Referent in der heutigen Angelegenheit figurire ein Abgeordneter, der nicht im Landes Schulrath sitze; das sei eine große Anomalie, die dem Lande nur Nachtheil bringe. Redner stellt daher zwei Anträge zur Resolution d: 1. Ins Präliminare seien künftig nur solche Posten aufzunehmen, deren Eintritt in den Bedarf zweifellos ist und wodurch Pauschalbeträge unnöthig gemacht werden. 2. Bezüglich der Mitglieder des Landesauschusses, welche Mitglieder des Landes Schulrathes sind, spricht der Landtag sein tiefes Bedauern aus, daß dieselben den Sitzungen des k. l. Landes Schulrathes consequent fern bleiben.

Der erste Antrag wird vom Hause einstimmig angenommen. Gegen den zweiten erheben sich die Abgeordneten Dr. Zarnik und Bleiweis. Der erste führt aus, er sei den Sitzungen des Landes Schulrathes fern geblieben, weil derselbe eine ungesetzmäßige Körperschaft sei. Erstens habe das Unterrichtsministerium den Director Mrhal gegen das Gesetz zum Mitgliede des Landes Schulrathes ernannt; zweitens einen Turnlehrer, und zwar einen Preußen, angestellt, der nicht vom Landes Schulrath vorgeschlagen worden; weiter einen Beschluß des Landes Schulrathes wegen des slovenischen Unterrichtes an der Oberrealschule sistirt; endlich einen Lehrer, den der Schulrath mit seinem Gesuche abgewiesen, trotzdem angestellt. Daher ist diese Körperschaft illegal, und ist es unsere Pflicht, nicht dort zu erscheinen. Es existirt desfalls ein Conferenzbeschuß seiner Parteigenossen. Unter dem gegenwärtigen System sei auch keine Besserung zu hoffen; ein Schulrath von lauter Geistlichen sei ihm lieber als von Bureaukraten.

Abg. Bleiweis meint, Baron Apfaltrern habe ihn und den Dr. Zarnik auf die Anklagebank verwiesen; er beschuldigt uns, daß wir unsere Pflicht als Mitglieder des Landes Schulrathes sträflich vernachlässigten. Er und Costa seien nicht bloß im Landes Schulrath erschienen, um zu stimmen, sondern auch um zu arbeiten. Seitdem der Landes Schulrath aber eine ungesetzliche Körperschaft geworden, gehe er nicht mehr in denselben. Wenn die heimischen Mitglieder nicht ausreichen, werde sogar ein Schulrath aus Graz citirt, um seine Partei niederzustimmen. Als Graf Auersperg noch Landes-präsident gewesen, sei ihm persönlich ein großer Tort geschehen. Derselbe habe ihm eine Rüge ertheilt, und das „Tagblatt“ habe ihm, einem Mitgliede des Landes Schulrathes, das Recht abgesprochen, in den Hörsälen des Lehrer-Fortbildungscurses zu erscheinen. Aenderung des Systems thue noth, wenn nicht der erstickende Sammel alles versengen soll.

Der Regierungsvertreter Ritter v. Widmann spricht sein Bedauern aus, daß so ungerechtfertigte Angriffe gegen den k. l. Landes Schulrath erhoben, sowie daß interne Angelegenheiten des Landes Schulrathes hier vor das Forum der Oeffentlichkeit gezogen, ja sogar der legale Bestand und die Zusammensetzung dieser Behörde geleugnet werde. Einen solchen Vorgang müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Im übrigen sei es ihm nicht möglich, gegen die Vorwürfe einzelner Abgeordneten in der rüden Weise und in dem Tone zu antworten, wie er in diesem Hause gegen die Regierung angekündigt werde.

Baron Apfaltrern replicirt: Von allen angehörigen ExcurSIONen entkleidet, liegt der Grund des Fernbleibens für die beiden Herren darin, daß es ihren Principien widerspricht, in einer Behörde zu sitzen, welche sie nicht als legal ansehen. Diese Einwendung der Illegalität halte er für eine persönliche Anschauung und die sei eben Geschmacksache. Jedoch nicht als Dr. Zarnik und Dr. Bleiweis seien sie Mitglieder des Landes Schulrathes, sondern als Mitglieder des Landesauschusses. Das ändere die principiellen Schulden in ganz markanter Weise. Wer sich bindet, muß seine Pflicht thun, nicht

Schranken nachhängen. Er sei von seinen Wählern hergeschickt, und gesetzt den Fall, er zweifle an der legalen Wahl dieses oder jenes Abgeordneten, werde deshalb der Landtag ungesetzlich? Entbehrt ihn dies der Pflicht seines Mandates? Nicht allein im Landesausschusse, sondern auch im Landeschulrath als Delegierte des Landes müßten sie ihre Schuldigkeit thun. Seine Partei werde ebenfalls hier im Hause niedergestimmt. Sie sei aber nicht der Anschauung, daß sie dem Lande nichts nütze, wofür sie nur ihren Standpunkt wahre. Aber nicht erscheinen, seine Stimme gar nicht geltend machen, sei eine Pflichtwidrigkeit. Er achte den Standpunkt eines jeden. Wenn die Herren wünschen, daß mit den Schulgesetzen wieder tabula rasa gemacht werde, so sei das eben ein Standpunkt. Aber noch sei das nicht der Fall, darum sei Mitwirkung geboten, damit das Land nicht zu Schaden komme. Daß Abg. Zarnik die Geistlichen als Genossen den Beamten vorziehe, sei ebenfalls Geschmackssache, die nicht jeder zu theilen brauche. Wenn Dr. Bleiweis jammere, im unglücklichen Oesterreich herrsche der alles versengende Samum, so erwidere er, daß der Landtag nicht berufen sei, hohe Politik zu treiben, leider aber wehe hier im Landtag mitunter ein Samum, der alles verdorren macht. Ehemals haben die Kosten der Landesautonomie 12 Prozent betragen, heuer betragen sie 58 Prozent! Was ist die Ursache davon? Der Samum, die unverantwortliche Wirthschaft der Landtagsmajorität.

Dr. Zarnik und Dr. Bleiweis replizieren. Ihr Hauptargument bildet die Abfertigung der liberalen Partei vom Landtag in der Aera Hohenwart. Baron Apfaltrern erklärt, es sei ein Unterschied zwischen dem Fernbleiben seiner Partei vom Landtage, der im September 1871 getagt, und der Nichttheilnahme der beiden Herren Abgeordneten an den Landeschulrathssitzungen. Erstens seien er und seine Parteigenossen über Wunsch und Einverständnis ihrer Wähler jenem Landtage fern geblieben; zweitens sei es protokollosarisch festgestellt, daß der Landtag selbst diese Versammlung für eine illegale Körperschaft betrachtete. So lange dieser Ausspruch nicht widerrufen würde, hätten sie beschlossen, derselben fern zu bleiben.

Der Berichterstatter Abg. Deschmann: Der Landtag sei berufen, faule Zustände aufzudecken. Nur warte hier der Unterschied ob, daß von der einen wie von der andern Seite der Grund der Fäulnis anderswo gesucht werde; Baron Apfaltrern finde letztern im laxen Pflichtgefühl, Dr. Zarnik und Dr. Bleiweis im System. Dr. Bleiweis gibt als Grund, warum er nicht in den Landeschulrath gehe, unter anderem die Rüge an, die ihm Graf Auersperg seinerzeit ertheilte. Zarnik blieb ihm ferne, weil er angeblich illegal ist. Jedoch sei das Bedenken in Zarniks Brust erst erwacht, nachdem er drei Monate im Landeschulrath gesessen. Derselbe habe nicht das mindeste Bedenken gezeigt, das Mandat anzunehmen, von einer Ungeheuerlichkeit sei da nicht im entferntesten die Rede gewesen. Wunder müsse es ihn nehmen, wie ein Mann von parlamentarischer Gewandtheit und Bildung zu so hohlen Ausflüchten seine Zuflucht nehmen könne. Die Hohlheit der Ausflüchte sei evident. Hat etwa infolge der Ernennung des Herrn Werhal der Landtag beschlossen, den Landeschulrath nicht mehr als gültig anzuerkennen? Er müsse es als die ärgste Pflichtverletzung bezeichnen, auf solche Ausflüchte hin sich nicht an den Sitzungen derselben zu betheiligen. Dem Landesausschusse steht wol das Vorschlagsrecht, nicht aber das Ernennungsrecht zu. Die liberale Partei stünde im Landeschulrath wie fünf gegen drei, und doch bleiben sie den Sitzungen derselben fern. Bei ihr dominiert nemlich die hohle Phrasen. Sachliches vermögen sie nicht vorzubringen; das Sachliche ist eben die Ziffer, das Geld, welches das Land zahlt. Welche Summen haben Zarniks Anträge das Land schon gekostet? Sein vom Hause angenommener Antrag auf Amtierung in slovenischer Sprache, der slovenisch-dramatische Verein, die slovenischen Berichte und Protokolle u. s. w. verursachen den Steuerträgern des Landes drückende Auslagen.

Bei der Abstimmung wird Resolution d und der erste Zusatzantrag des Baron Apfaltrern angenommen, der zweite bleibt in der Minorität. Die übrigen Resolutionen werden ohne Debatte und hierauf der ganze Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung genehmigt. Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Nächste Sitzung Montag den 10 d.; Beginn derselben um 8 Uhr früh.

12. Sitzung.

Raibach, 10. April.

Landeshauptmann Dr. Ritter v. Kaltenegger eröffnet die Sitzung um 9 Uhr vormittags. Gegenwärtig 33 Abgeordnete und der k. k. Landespräsident Ritter v. Widmann als Vertreter der Regierung.

Das Protokoll der 11. Sitzung wird in slovenischer Sprache verlesen und vom Hause genehmigt.

Der Landeshauptmann theilt den Einlauf mehrerer Petitionen mit.

Abgeordneter Lautscher interpelliert den vorstehenden Landeshauptmann inbetreff des projectierten Gesetzentwurfes wegen Ablösung der fassionsmäßigen Stelbigkeiten an Kirchen und Pfarren.

Der Vorsitzende beantwortet diese Interpella-

tion dahin, daß in dieser Angelegenheit Einkernehmungen und Erhebungen im Wege der Bezirkshauptmannschaften, Pfarngemeinden, Dekanate und des fürstbischöflichen Ordinariates im Zuge sind und der Landesausschuß in der Lage sein dürfte, in der nächsten Session mit dem fraglichen Gesetzentwurfe vor das Haus zu treten.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Abg. Murnik erstattet im Namen des Finanzausschusses Bericht über den Voranschlag des Landesfondes für das Jahr 1877. Das Erfordernis beträgt 314,182 fl., die Bedeckung 66,225 fl., der Abgang 247,957 fl.

Der Berichterstatter Abg. Murnik stellt namens des Finanzausschusses den Antrag auf Genehmigung dieses Voranschlages und sofort die weiteren Anträge:

1. Zur Bedeckung des Abganges von 247,957 fl. 37 1/2 kr. ist für das Jahr 1877:

a) eine 20% Umlage zu sämtlichen directen Steuern mit Ausschluß des Kriegszuschlages,

b) der 20% Zuschlag auf die Verzehrungssteuer vom Weine, Wein- und Obstmoße und vom Fleische einzubeheben.

2. Der schließliche Uebererschuß pr. 33,142 fl. 62 1/2 kr. ist für die theilweise Tilgung der Schuld des Landesfondes zu verwenden.

3. Der Landesausschuß wird beauftragt, die Allerhöchste Genehmigung der sub a und b bezeichneten Umlagen zu erwirken.

4. Der Landesausschuß wird angewiesen:

a) die Ursache der steigenden Erfordernisse für die Miete der Gendarmeriekasernen auf den Grund zu sehen und geeignete Abhilfe zu schaffen;

b) vom 1. Jänner 1877 an die Liquidierung der Fuhrkosten der Impfsärzte im Sinne der vor dem Beschlusse des hohen Landtages vom 10. Jänner 1874 bestandenen betreffenden Normierung wieder eintreten zu lassen und hierüber die angemessene Bekanntgabe zu veranlassen;

c) die Angelegenheit der Beförderung der Schöblinge mittelst Eisenbahn der endgiltigen Regelung zuzuführen und hierüber im nächstjährigen Rechenschaftsberichte dem Landtage Mittheilung zu machen;

d) im Falle die in der 7. Sitzung der diesjährigen Session beschlossenen Verhandlungen mit der k. k. Regierung nicht im Laufe des Jahres 1876 zu dem gewünschten und erhofften Resultate führen sollten, das Erfordernis für das Medicamentendrittel und die Fuhrkosten des ärztlichen Personales in Epidemie- und Epizootiefällen aus den Kassebeständen des Landesfondes zu decken;

e) Erhebungen zu pflegen, ob es nicht möglich ist, den Ertrag der in der Landesverwaltung stehenden Gebäude zu erhöhen;

f) Sorge dafür zu tragen, daß die Kosten der Abschiebung der Zwangslinge in die Zwangsarbeitsanstalt vom Staate getragen werden.

In der Generaldebatte ergreift zuerst der Abg. R. v. Besteneč das Wort. Redner bemerkt, daß sich seine Gefinnungsgenossen bei der Gebarung mit den Landesfondsgeldern wol nicht bestimmt finden werden, zur Deckung dieses riesigen Abganges einen 20prozentigen Zuschlag zu den directen und einen ebenso hohen zu den indirecten Steuern zu votieren. Zur Zeit, als die Majorität im Landtage auf Seite der liberalen Partei zu finden war, genügte ein 12prozentiger Zuschlag; unter dem Regime der gegenwärtigen nationalen Majorität erreichten diese Zuschläge die Höhe von 20 Prozent. Es sei nicht zu wundern, daß insbesondere die Verwaltungskosten eine so hohe Summe erreicht haben, denn die nationale Partei liebt es, nur eckfärbige Rationale bei allen Landesämtern anzustellen. Bei einem Empfange von 200,000 fl. Landesfondsgeldern belaufen sich die Verwaltungsauslagen auf 50,000 fl. Wohin käme das Reich, wenn es in dieser Richtung dem Lande Krain folgen würde? — Es ist Thatsache, daß die nationale Partei für Schulen nichts, für Unterbringung nationaler Landesfinder alles bewillige. Redner bemerkt, die liberale Partei werde für nationalen Firkelanz keine Geldopfer bringen; sie müsse 9000 fl. Zinsen zahlen für Schulden, welche die nationale Landtagsmajorität gemacht hat. Unverantwortlich sei die Ausgabe von 10,000 fl. für slovenische Bücher und die Vorlage des Projectes über den neuen Irrenhausbau. Redner sagt schließlich, der nationalen Partei im Landtage läute man bereits das Todtenglocklein.

Abg. Dr. Zarnik tritt in längerer Rede den Ausführungen des Vorredners entgegen und theilt mit, daß die Verwaltungsauslagen in Steiermark und Kärnten jene des Landes Krain übersteigen und die slovenische Partei — Alt- und Jungslovenen — den Nachweis liefern wird, daß sie in Bezug auf politische Ansichten nun vollkommen vereint dasteht.

Abg. Dr. Bleiweis spricht in gleichem Sinne und begründet die Höhe der Verwaltungsauslagen mit der Hinweisung auf die Thatsache, daß die autonome Landesvertretung in neuerer Zeit viele Agenden vom Staate übernehmen mußte.

Der Berichterstatter Abg. Murnik verteidigt die Vorlage, wornach die Specialdebatte über die einzelnen Erfordernisse und Bedeckungsposten des Voranschlages für den Landesfond pro 1877 eröffnet wird.

Abg. Ritter v. Besteneč beanständet die hohen Remunerationen an Landesbeamte und beleuchtet das spärliche Ausmaß bei Remunerationssparierungen an Staatsbeamte.

Abg. Dr. Zarnik verteidigt die Zifferansätze im Erfordernisausweise I. b., „Stenographen und Hilfsarbeiter“, und II. 4., „Remunerationen und Aushilfen.“

Der Berichterstatter Abg. Murnik beantragt namens des Finanzausschusses die Passierung einer Subvention mit 400 fl. für die Vorjahre und mit 300 fl. pro 1877 für die Gewerbeschule in Rudolfswerth. Der Antrag wird angenommen und der bewilligte Betrag bei Erfordernispost VIII., für „Bildungszwecke“, eingestellt.

Abg. Deschmann beanständet die Ausgaben beim slovenisch-dramatischen Vereine, welcher für die Uebersetzung einiger weniger Bühnenwerke fremder Zunge in das slovenische glänzende Honorare zahlt und mit Landesgeldern unbefähigte Individuen füttert. Redner empfiehlt sparsamen Haushalt bei Erfordernis-Post VIII. 3, „für Bildungszwecke.“

Die Abgeordneten Dr. Poflukar und Dr. Zarnik sprechen für Annahme dieser Post und verteidigen die Gebarung des slovenisch-dramatischen Vereins.

Abg. Freiherr v. Apfaltrern stellt zu Erfordernis-Post IX., „Straßenbauten“, den Antrag: dem Landesausschusse werde zur Ertheilung von Subventionen für Straßenbauten ein Credit im Betrage von 1000 fl. gegen nachträgliche Rechnungslegung bewilligt. — Der Antrag wurde angenommen.

Hierauf finden die Petitionen der Straßenausschüsse in Loitsch, Wippach und Tschernembl ihre Erledigung.

Hierauf werden der Voranschlag und die vom Abgeordneten Murnik namens des Finanzausschusses hinsichtlich der Bedeckung des Abganges gestellten Anträge a bis f von der Majorität des Hauses angenommen.

Abg. Dr. Zarnik erstattet im Namen des Gemeinde-Ausschusses Bericht inbetreff des Zustandekommens zweier Landesgesetze, wodurch der § 92 der Gemeinde-Ordnung vom 17. Februar 1866 abgeändert, neue Bestimmungen bezüglich der Disciplinargewalt des Landesausschusses über Mitglieder des Gemeindevorstandes erlassen und die Vorschriften der Gemeinde-Ordnung für Krain inbetreff der Verwaltung und Verrechnung des Gemeindevermögens ergänzt werden. Redner stellt namens des Gemeinde-Ausschusses den Antrag:

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erteilt dem Gesetzentwurfe zur Abänderung des § 92 der Gemeinde-Ordnung für Krain vom 17. Februar 1866 seine Zustimmung.

2. Der Landesausschuß wird beauftragt: a) die Allerhöchste Sanction dieses Gesetzentwurfes zu erwirken; b) beim k. k. Ministerium sich um die Erlassung eines Reichsgesetzes zu verwenden, wodurch in Sinne der §§ 2—6 des Landesausschuß-Gesetzentwurfes der administrative Rechnungsprozeß der Gemeinden geregelt werde.“

Das hohe Haus nimmt beide Gesetzentwürfe sammt Anträgen ohne Debatte an.

Die Berichterstattung des Finanzausschusses inbetreff der Erbauung eines neuen Irrenhauses und der Genehmigung des Voranschlages des Irrenhausfondes pro 1877 wird über Antrag des Abg. Poflukar, nachdem soeben ein Minoritätsantrag inbetreff des Irrenhausbaues eingebracht wird, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Abg. Robič erstattet im Namen des Finanzausschusses Bericht über die Vorlage des Landesausschusses, betreffend die Erhöhung der Dienstesbezüge der Beamten und Diener in der Landeszwangsarbeitsanstalt, beantragt die Erhöhung der Bezüge des Hausverwalters und Controlors, die Umänderung der bisher den beiden Oberbeamten der Landesklasse für Zinsencoupons-Éscomptierung gewährten Remuneration in eine jährliche Personalzulage von je 200 fl. und die Passierung mehrerer Remunerationen an Functionäre und Bedienstete dieser Anstalt.

Abg. Dr. v. Schrey spricht sich in Erwägung der bei anderen gleichartigen Anstalten obwaltenden thatsächlichen Verhältnisse und in der Erwägung, als für die Stellen eines Arbeitshaus-Verwalters und Controlors besondere wissenschaftliche Studien nicht erforderlich sind, gegen die Erhöhung der Verwalters- und Controlors-Besoldungen aus.

Abg. Dr. Zarnik spricht für die Bewilligung der Erhöhung.

Abg. Deschmann ergreift das Wort und betont, daß er gegen ein morsches, faules, bei der nationalen Partei hochgehaltenes Princip austrete und für Ablehnung des Antrages auf Bewilligung einer Personalzulage für die beiden Oberbeamten der Landesklasse in die Schranken treten müsse. Die Geschäftsführung dieser Kassbeamten sei eine einfache, unbeschwerliche und genügend entlohnt. Buchhaltungs- und Conceptsbeamte hätten auf Gehaltserhöhung gerechteren Anspruch, wie überhaupt Beamte, deren Amtsführung wissenschaftliche, höhere Studien erfordert.

Abg. Dr. v. Schrey bemerkt, es sei kein Grund zur Bewilligung einer Personalzulage für die beiden Landesklasse-Oberbeamten vorhanden.

Die Abg. Zagorc, Kramarič, Horak, Dr. Bleiweis und Berichterstatter Abg. Robič unterstützen den Antrag wegen Bewilligung dieser Personalzulage mit der Begründung, es sei immerhin eine Be-

rühigung, ehrliche Beamte bei Kassen verwendet zu wissen; überdies werde nur der Bezugsstiel geändert.

Der Antrag des Abg. Dr. v. Schrey, auch dem Landesklasse-Officialen Dmejic eine Personalzulage von jährlich 100 fl. zu gewähren, wurde von der Majorität des Hauses abgelehnt.

Die Debatte in dieser Angelegenheit nahm einen so heftigen Charakter an, daß der Vorsitzende zur Glocke greifen und den Ordnungsruf an den Abg. Kramaric richten mußte.

Schließlich wurden die fünf Anträge des Finanzausschusses von der Majorität angenommen.

Die Sitzung wurde wegen vorgerückter Stunde (nachmittags 2 Uhr) abgebrochen.

Nachmittagsitzung um 4 Uhr; Fortsetzung der Tagesordnung.

(Krainische Baugesellschaft.) Dienstag den 11. d. M. fand die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Krainischen Baugesellschaft statt. Anwesend waren 18 Actionäre, welche 109 Stimmen oder 2000 Actien repräsentierten. Der Präsident der Gesellschaft, Ritter v. Gutmannsthal, konstatierte die Beschlußfähigkeit und eröffnete die Versammlung, indem er die anwesenden Actionäre begrüßte. Dem hierauf vom Director Max Krenner vorgelegten Geschäftsberichte entnehmen wir, daß die erzielten Resultate trotz der Ungunst der Verhältnisse recht befriedigende waren. An Neubauten wurden in Laibach außer den für eigene Rechnung unternommenen keine ausgeführt, dagegen eine große Anzahl von Reconstructionsarbeiten besorgt. Auswärts jedoch wurde die Ausführung mehrerer größerer Bauten übernommen und auch theilweise schon durchgeführt, so ein Arbeiterkrankenhausbau und eine Cementfabrik in Triail und ein Hausbau in Udmat. Der schon im Jahre 1874 übernommene Bau der laibacher städtischen Volksschule und des Hotels in Adelsberg wurden im abgelaufenen Jahre der Vollendung zugeführt und der Gesellschaft für die vorzügliche Bauausführung von beiden Seiten die ehrenvollste Anerkennung zu theil. Auch für das laufende Jahr stehen der Gesellschaft genügende Arbeiten in Aussicht; dieselbe hat den Neubau der Strafanstalt in Bigau übernommen, wegen Ausführung eines größeren Neubaus in Laibach bereits abgeschlossen und wird außerdem die im vorigen Jahre begonnenen eigenen Bauten der Vollendung zuführen. Der sodann zur Vertheilung gelangte Rechnungsabschluss konstatiert einen Nettogewinn von 15,678 fl. 46 kr., welcher aus nachfolgenden Posten des Gewinn- und Verlustcontos resultiert. Im Debet: an Abschreibungen 9630 fl. 87 kr., an Plankosten fl. 100.— Zinsenconto 4188 fl. 93 kr., Steuernkonto 1847 fl. 70 kr., Regiespesenconto 14,177 fl. 96 kr., Saldo als Gewinn 15,678 fl. 46 kr. Im Credit: per Gewinnvortrag von 1874 5164 fl. 53 kr., per Gewinn: bei Baumaterialien 331 fl. 9 kr., beim Ziegeleibetriebe 238 fl. 59 kr., Realitätenvertragsconto 10,907 fl. 5 kr., Conto des Neugebäudes Parz. VI. 3662 fl. 93 kr., Generalbauconto 21,918 fl. 1 kr. Ueber Antrag des Revisionscomitès wurde dem Verwaltungsrathe das Absolutorium ertheilt und die beiden Anträge des letzteren, nemlich von dem erzielten Reingewinne per 15,678 fl. 46 kr. einen Betrag von 12,500 fl., d. i. 5 fl. für jede Actie von 100 fl., zur Auszahlung zu bringen und den verbleibenden Rest von 3178 fl. 46 kr. zur Bildung eines Reservefonds zu verwenden; zweitens in Zukunft den Januarcoupon nicht mehr einzulösen, sondern den gesammten erzielten Reingewinn erst mit dem Julicoupon zur Vertheilung zu bringen, einstimmig angenommen. Das bisher bestehende Revisionscomitè wurde wiedergewählt und zum Schlusse der Antrag Dr. Schaffers: sowohl dem Verwaltungsrathe als auch den leitenden Beamten der Gesellschaft für die durch einsichtsvolle und solide Gebahrung in Anbetracht der allgemeinen geschäftlichen Stagnation erzielten überraschend günstigen Resultate den Dank zu votieren, angenommen und sodann die Versammlung geschlossen.

(Garnisonwechsel.) Dienstag vormittags verließ das Herzog von Sachsen-Meiningen 46. Inf.-Reg. nach mehrjähriger Garnisonierung in Laibach unsere Stadt und trat mittelst Separat-Militärzugs der Südbahn die Fahrt in seinen neuen Garnisonort Triest, welchen es bekanntlich erst anlässlich seiner Dreijährigkeit nach Laibach verlassen hatte, an. Das als Ersatz desselben für Laibach bestimmte kroatische Infanterie-Regiment Erzherzog Leopold Nr. 53 hat seine bisherige Garnison Trient am 11. d. verlassen und ist gestern, mittelst Rudolfsbahn über Obertraun kommend, in Laibach eingetroffen.

Börsenbericht. Wien, 11. April. Wenn man des gestiegenen Kurzes einiger Prioritäten erwähnt, so ist das Günstige ersichtlich, das über den Verlauf der heutigen Börse gesagt werden kann. Dieses Steigen der Prioritäten scheint seinen Grund theils in der Erholung des Silberpreises, theils in dem Stande der Devisen zu finden. Die letzteren stiegen auch heute rapid und der Effectenmarkt war mit erwähnter Ausnahme sehr flau.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes entries for Renten, Eisenrente, Lofe, Domänen-Pfandbriefe, Aktien von Transport-Unternehmungen, and Aktien von Banken.

(Buchdruckerverein.) Ein erfreuliches Bild wohlthuernder Vereinsthätigkeit bietet sich uns dar, wenn wir den Jahresbericht durchblättern, welcher bei der am 8. d. stattgefundenen Generalversammlung des „Kranken-, Invaliden- und Reisenden-Unterstützungs- und Fortbildungsvereins für Buchdrucker in Laibach“ den zahlreich erschienenen Mitgliedern desselben seitens des Ausschusses erstattet wurde. Wie wir den Kasse-Gebahrungs-Daten entnehmen, beliefen sich die Einnahmen desselben im abgelaufenen Vereinsjahre auf 780 fl. 97 kr., die Ausgaben auf 409 fl. 59 kr., so daß in diesem Jahre ein Ueberschuß von 371 fl. 38 kr. resultierte und sich das Vereinsvermögen hiedurch auf die stattliche Summe von 3447 fl. 21 kr. erhöhte. Außerdem ist der Verein auch im Besitze einer entsprechenden Bibliothek, welche nebst den Vereinsmitgliedern auch den Buchdrucker-Lehrlingen offen steht und von beiden Theilen sehr stark in Anspruch genommen wird. Nachdem der Jahresbericht verlesen und genehmigt und dem abtretenden Ausschusse nebst dem Absolutorium auch der Dank der Versammlung votiert worden war, schritt man zur Neuwahl des Ausschusses, bei welcher die Herren: Valentin Arselin zum Obmann, A. Pucihar zu dessen Stellvertreter, L. Späth zum deutschen und J. Semen zum slovenischen Schriftführer, B. Kramar zum Fortbildungsvereins- und J. Krajez zum Hauptkassier, endlich die Herren M. Gernel und C. Plihal zu Ausschüssen gewählt wurden. Es steht zu erwarten, daß auch der neue Ausschuss, in dessen Reihen wir mehreren der bewährten älteren Kräfte begegnen, die Zwecke des Vereines in gleich objectiver Weise wie bisher anstreben und vor allem bemüht sein werde, demselben den Charakter eines besonnenen, kosmopolitischen Humanitätsinstitutes, das zu sein er ja in erster Linie berufen ist, zu wahren und ihn vor jeglichem politischen Parteigezänke, das die wohlthuernde Thätigkeit des Vereines nur schädigen könnte, entschieden fernzuhalten. In letzterem Falle kann derselbe gewiß sein, daß ihm die wohlwollenden Sympathien des Publikums auch fernerhin zugewendet bleiben.

(Zur Theaterfrage.) Bezüglich der Nachricht über seine Bewerbung um das laibacher Theater ersucht Herr Heinrich Penn das wiener „Freundenblatt“, welches dieselbe zuerst brachte, beizufügen, daß es sich seinerseits um keine officielle Bewerbung, sondern um eine private Anfrage über den Einreichungstermin handelte, welche der Genannte für ein Consortium an die betreffende Stelle richtete, und die gegenstandslos wurde, da der Termin bereits verstrichen war. Herr Penn beabsichtigt nicht, seinen bisherigen Beruf aufzugeben.

(Lepkam-Josefthal.) Aus der am 10. d. M. in Graz stattgefundenen ordentlichen Generalversammlung der Actiengesellschaft für Papierfabrication und Druckindustrie Lepkam-Josefthal heben wir den Beschluß hervor, dem zufolge dieselbe in Ergänzung der bereits auf den heutigen Zünnercoupon geleisteten Abschlagszahlung per 3 fl. vom 1. Juni ab noch den Betrag von 4 fl. per Actie als Dividende pro 1875 zur Auszahlung bringen wird.

(Vergnügungszug nach Radmannsdorf-Lees.) In anerkennenswerther Berücksichtigung der Wünsche des Publikums, das die bevorstehenden Osterfeiertage — sofern sich das Wetter günstig gestaltet — gewiß vielseitig zu Ausflügen in die reizende Umgebung Laibachs oder in den romantischen Naturschönheiten unseres hiermit reich gesegneten Oberlandes beizugehen dürfte, arrangiert auch die löbliche Kronprinz Rudolfsbahn einen dem beabsichtigten Zwecke sehr wohl entsprechenden Ostermontags-Vergnügungszug nach Radmannsdorf-Lees. Wir theilen nachstehend die, uns mit der Bitte um Veröfentlichung seitens der V. Verkehrssection hierüber zugehende Verlautbarung mit: „Ueber mehrseitige Anregung veranstaltet die k. k. priv. Kronprinz Rudolfsbahn am Ostermontag den 17. April d. 3. bei entziedenen günstiger Witterung einen Separat-Vergnügungszug von Laibach nach Radmannsdorf-Lees und retour. Die Abfahrt desselben erfolgt vom laibacher Südbahnhofe um 8 Uhr früh und die Rückfahrt von Radmannsdorf-Lees um 6 Uhr 45 Minuten nachmittags, so daß die Ankunft in Laibach um 8 Uhr 50 Minuten abends stattfindet. Die Fahrpreise sind bedeutend ermäßigt, und sind für die Hin- und Rückreise in der 2. Wagenklasse mit 2 fl., in der 3. Wagenklasse mit 1 fl. 50 kr. festgelegt.“

Neueste Post. (Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“) Wien, 12. April. Die „Politische Correspondenz“ meldet: Der russische Agent Wesselski tritt nunmehr als Mandatar der Insurgenten in der Herzegovina auf; er geht zunächst zu Verhandlungen mit dem Statthalter

Kodich nach Zara, Johann nach Wien, Petersburg und Konstantinopel, um dort die Declaration der Insurgenten zu unterbreiten und auf Grund derselben Garantien für die Ausführung der von den Insurgenten angenommenen Reformen zu erwirken.

Bukarest, 12. April. Infolge der Senatswahlen demissionierte das Ministerium.

Athen, 12. April. Das Urtheil im Simonieprozeße lautet gegen den Exminister Nikolopoulos auf zehnmönatliches, gegen Balassopoulos auf einjähriges Gefängnis; letzterer wurde auch zu 52,000 Drachmen Geldbuße und Verlust der Ehrenrechte auf drei Jahre verurtheilt. Die gleichfalls verurtheilten drei Erzbischöfe zahlen an die Armenfonde das Doppelte der Bestechungssumme.

Table: Telegraphischer Wechselkurs vom 12. April. Lists exchange rates for various locations like London, Paris, and Vienna.

Wien, 12. April. Zwei Uhr nachmittags. (Schlußcourse.) Creditactien 137.50, 1860er Lofe 109.—, 1864er Lofe 130.50, österreichische Rente in Papier 65.10, Staatsbahn 262.—, Nordbahn 175.50, 20-Frankenstücke 9.55, ungarische Creditactien 116.50, österreichische Francoactien 11.—, österreichische Angloactien 60.50, Lombarden 91.50, Unionbank 55.50, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 324.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lofe 17.50, Communal-Anlehen 97.—, Egyptische 84.—, Fester.

Handel und Volkswirtschaftliches.

Laibach, 12. April. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 10 Wagen mit Getreide, 7 Wagen mit Heu und Stroh, 25 Wagen und 2 Schiffe mit Holz (25 Kubikmeter).

Table: Durchschnittspreise. Lists prices for various goods like Weizen, Korn, Gerste, Hafer, etc.

Angekommene Fremde.

Am 12. April. Hotel Stadt Wien. Necher, Lehrer; Stalzer und Dr. Kosel, Graz. — Dr. Landon, Gutsbez.; Philippsborn; Wawra, k. l. Ober-rath; Bauer, Ksm., und Krieg, Juwelier, Wien. — Petzschke, Ksm., Leipzig. — Charlotte, Modistin, Triest. Hotel Elefant. Babil, Ksm., Villach. — v. Garzarolli, Senofelsch, — Maria Ede v. Schulheim, Klagenfurt. — Buchholz mit Familie, Steier. — Leskovic, Dria. — Krens und Fribar, Ksm., — Wollmaier, Wien. Hotel Europa. Kofoschineg, Wien. — Jupan, Professor, Fiume. Baierischer Hof. Gutti, Handelsmann, Caselnurvo. — Mannsburg. Kohren, Bojejski, Schlosser, Wien. — Tende, Pitino, — und Pendl, Siebenbürgen. — Kistl Maria, Krambuhl, — Mochnil Anna, Miklanic Maria, Schwei, Hildenmann, — Pancur, Commis, Laib. — Nestler, Triest.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table: Meteorological observations for April 12. Columns include time, barometer, temperature, wind, and other weather-related data.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Table: Exchange rates and prices for various goods and services. Includes entries for Rubolfs-Bahn, Staatsbahn, Südbahn, etc., and a section for Wechsel (Exchange) and Geldsorten (Money types).